
Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung gemeinsam mit dem Haupt- und Personalausschuss zum Haushalt 2026 am 26.11.2025

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 21:45 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der gemeinsamen Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung und Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, Vorsitzender der Haupt- und Personalausschusses, begrüßen die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste zur Sitzung. Sie stellen die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit im Haupt- und Personalausschuss mit 10 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern sowie im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung mit 9 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Herr Ausschussvorsitzende Nothdurft, Fraktion der AfD, stellt der Tagesordnung für den Ausschuss Finanzen, moderne Verwaltung und Digitalisierung zur Abstimmung.

Anschließend stellt **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** die Tagesordnung für den Haupt- und Personalausschuss zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Finanzausschuss: 8-0-0

Haupt- und Personalausschuss: 9-0-0

3 Einwohnerfragestunde

Der Ausschussvorsitzende Herr L. Nothdurft, Fraktion der AfD, eröffnet die Einwohnerfragestunde und begrüßt die Anwesenden.

Die Anfragen und Wortbeiträge des Bürgers wurden im Wortlaut protokolliert sowie aus dem schriftlich vom Bürger eingereichten Anfrage übernommen.

„Warum wird dieses dem Bürger nicht mitgeteilt und warum haben Sie auf die erste Anmeldung nicht reagiert?

Ich war gestern im Rathaus um Niederschriften einzusehen. Laut Beschluss des Stadtrates: Die Einsichtnahme in die beschlossenen Niederschriften der öffentlichen Sitzungen ist jedermann nach vorheriger Anmeldung während der öffentlichen Sprechzeiten der Verwaltung gestattet. Selbstverständlich hatte ich mich eine Woche vorher entsprechend des Stadtratsbeschlusses angemeldet. Man teilte mir auch ganz klar mit, dass Kosten dafür anfallen und erst bei Kostenübernahme gearbeitet wird. Selbstverständlich habe ich die Kosten bezahlt, mit dem ganz klaren Verweis, dass dem Termin damit nichts mehr im Wege steht.

Eine Einsicht gab es nicht. Man hat mich rund eine Stunde von Tür zu Tür im Rathaus geschickt. Völlig erfolglos. Die letzte Mitarbeiterin gab mir ganz klar zu verstehen, das kann ausschließlich der Herr Oberbürgermeister, das müssen sie bei Ihm direkt bestellen. Es wäre sehr hilfreich, diese mehr als wichtige Information mal im Vorfeld zu bekommen. Deshalb melde ich mich jetzt hier persönlich bei Ihnen Herr Oberbürgermeister zur Einsichtnahme der Niederschriften am 02.12.2025 während der Öffnungszeiten am Nachmittag an. Hier die Liste, das Geld ist schon bezahlt.

Wie erklären Sie dieses?

Ich war hier im Rathaus um eine Niederschrift des Finanzausschusses anzusehen.

Dies war nötig, weil die Niederschrift nicht eingestellt wurde ins Ratsinfosystem. Ich habe mehrmals reklamiert und darum gebeten, dass der Haken gesetzt wird, damit sie sichtbar wird. Nichts zu machen. Dann habe ich mich zur Einsichtnahme der Niederschrift angemeldet. Als ich dort beim Mitarbeiter ankam, teilte er mir mit, er setzte jetzt den Haken, keine 5 Minuten später war die Niederschrift im Ratsinfosystem einsehbar. Das war 14 Tage nicht möglich.

Da ich nun vor Ort war, wollte ich die originale Niederschrift sehen. Mir fielen auf den ersten Blick Unregelmäßigkeiten auf. Deshalb bat ich um eine Kopie der gesamten Niederschrift 10 Seiten. „Ich kann nicht kopieren“. Und dann ging die Diskussion los. Kopieren geht nicht. Dann wurde eine Mitarbeiterin des Sitzungsdienstes dazu

geholt. Auch sie konnte nicht kopieren laut Auskunft. Fast eine dreiviertel Stunde war man damit befasst. Ich bestand auf mindestens der Kopie der ersten Seite. Deshalb machte sich die Mitarbeiterin des Sitzungsdienstes auf und kam nach mehreren Minuten mit der 1. Kopie zurück. Zur Abholung meiner Kopien war ich dann innerhalb von 14 Tagen 4 Mal im Rathaus, ohne sie zu erhalten. Ein von Herrn Ulbrich zugesagter kostenloser Versand, wegen des sehr erhöhten Aufwands für den Bürger, erfolgt nicht. Zur Abholung musste ich ein 5. Mal erscheinen.

Ich hatte schon früher Kopien von Niederschriften bei der Einsichtnahme bekommen. Direkt.

Einige Tage später war ich erneut im Rathaus, um Niederschriften einzusehen. Auch davon wollte ich Kopien. Die Mitarbeiterin vom Sitzungsdienst, eine andere diesmal, teilte mir mit, auch sie könne nicht kopieren. Dann teilte ich mit, kein Problem, dann gehen wir zu jemandem im Rathaus der kopieren kann. Aussage der Mitarbeiterin: Es gibt im ganzen Rathaus niemanden der kopieren kann. Ich konnte es nicht glauben. Doch im gesamten Rathaus kann keiner kopieren.

Da ich keine weiteren Diskussionen wollte, bin ich mit dieser Information gegangen.

Wie hoch ist die Höhe des Sparvorschlages der hoffentlich umgesetzt wird?

Es gibt sehr viele Haushaltsstellen mit der Nummer:

523 1000 Mieten für Kopierer

Das taucht immer wieder auf. Das sind meistens mehrere Tausend Euro.

Wenn aber niemand im gesamten Rathaus kopieren kann, nach den Angaben der Verwaltung, brauchen wir diese Kopiertechnik nicht.

Hier ist ein Sparvorschlag, der ohne Aufwand umgesetzt werden kann.

Die Höhe kann uns bestimmt Frau Wirth verraten.

Welche Rolle spielen diese Faktoren bei der Entscheidung?

Heute steht ein Beschluss zur Mühleninsel auf der Tagesordnung. Normalerweise zu begrüßen.

Leider hat Frau Lohde im Bauausschuss hier offiziell angesagt, dass Dessau für seine Bevölkerung jetzt schon zu viel Infrastruktur hat und damit auch ein großes Problem diese zu finanzieren.

Jede weitere Infrastruktur kostet auch später Geld, diese rund 135 000 Euro im Jahr. Wir können uns aber keine weitere neue Infrastruktur mehr leisten. Es gibt Prognosen, dass die Dessauer Bevölkerung auch in den nächsten Jahren weiter sinkt. Womöglich unter 70.000. Das würde das jetzt schon bestehende Problem weiter verschärfen, selbst ohne dass weiter Infrastruktur errichtet wird.

Sie erwarten, dass immer weniger Bürger immer mehr finanzieren. Das kann nicht gut gehen, das Problem ist erkannt. Das ist auch keine Pflichtaufgabe. Hier ist auch ein ganz effektiver Sparansatz für diesen und die folgenden Haushalte.

Wir müssen sparen. Dass was sie schaffen wollen, hat die Stadt bis jetzt nicht gebraucht oder ist problemlos ohne dieses ausgekommen. Dann wird oder muss das jetzt auch noch völlig problemlos ohne gehen. Ja, Sie haben angefangen vor Jahren dafür zu planen. Aber die Rahmenbedingungen haben sich grundlegend verändert. Das Geld ist alle und weitere Infrastruktur schadet der Stadt für die Zukunft.

Es soll mit Sicherheit schön werden, nur das können wir uns einfach nicht mehr leisten.

Ich erinnere nur daran wie viel Novellierung im Baubereich wir haben siehe nur Vorlage Wissenschaftliche Bibliothek. Das wird auch mit diesem Projekt passieren, aus der Erfahrung heraus, und jede weitere Erhöhung ist dann alternativlos und kommt aus nicht vorhandenen Eigenmitteln.

Ich habe dieses schon im Bauausschuss angesprochen. Dort hat ein Stadtrat mehrfach erklärt, dass gönnen wir uns jetzt mal. Es gab auch eine große Zustimmung dazu. Für das, was sie sich hier gönnen wollen, ist kein Geld mehr da. Weiter kann man sich von der Realität nicht mehr entfernen bei dieser Haushaltslage.“

Herr Dr. Oberbürgermeister Reck erklärt, dass die Aussagen von Frau Bürgermeisterin Lohde zweifelsohne zutreffend sind. Dennoch befinde man sich bezüglich der Mühleninsel in einer so prominenten Lage der Stadt, dass trotz eines möglichen Bevölkerungsrückgangs das Stadtzentrum und insbesondere der Stadteingang Ost von zentraler Bedeutung seien. Dies rechtfertige einen entsprechenden Anspruch an die Attraktivität des Bereichs sowie das Ziel, die Stadt und den Fluss näher zusammenzuführen. Er betont zudem, dass dieses Projekt Teil der für die Bundesgartenschau (BUGA) vorgesehenen Maßnahmen sei. Zu dieser Bundesgartenschau habe es einen Bürgerentscheid in der Stadt gegeben, bei dem sich die Bürgerschaft mehrheitlich dafür ausgesprochen habe. Dies stelle eine Prioritätensetzung durch die Bürgerschaft dar.

Herr Ausschussvorsitzender L. Nothdurft, Fraktion der AfD, weist darauf hin, dass solche Anliegen besser bilateral geklärt werden sollten und bietet an, per E-Mail zu antworten. Die Sitzung geht über zur Beratung der Haushaltsanträge. Er äußert, dass die Kritik sehr allgemein gehalten ist und die These vertreten wird, dass die demografisch belastete Stadt keine neuen Infrastrukturprojekte mehr in Angriff nehmen dürfe. Er betont, dass es fraktionsübergreifend Konsens sei, auf Sparen eingestellt zu sein und ein Kostenbewusstsein zu haben, wobei jeder unterschiedliche Priorität setzt. Trotz begrenzter Haushaltsmittel sei es jedoch nicht vertretbar, jegliche Bauvorhaben abzulehnen. Es muss im Einzelfall geprüft werden, was sinnvoll sei und umgesetzt werden muss. Er glaubt nicht, dass jemand im Sinne der Bürger dafür plädieren würde, keine Infrastrukturprojekte mehr zu realisieren. Leerstellen sollten gegebenenfalls gefüllt und bestehende Strukturen zeitgemäß oder effizienter neugestaltet werden. Herr L. Nothdurft ist der Meinung, dass diese Haltung keinen Zuspruch finden wird und vertraut auf den Sachverstand der Anwesenden, um in den kommenden Jahren Entscheidungen zum Wohle der Bürger zu treffen, die trotz knapper Kassen ermöglicht werden.

Frau Wirth, Amtsleiterin des Amtes für Stadtfinanzen, erläutert, dass in der Vergangenheit nahezu in jedem Büro ein eigener Kopierer vorhanden gewesen sei. Diese Praxis ist geändert worden, indem nun sogenannte Etagenkopierer eingesetzt werden, die auf den Fluren zu finden sind. Diese Kopierer werden nicht mehr gekauft, sondern gemietet, wobei die Mietkosten sich teilweise aus einem Festbetrag und teilweise aus der Anzahl der Kopien zusammensetzen. Aus diesem Grund finden sich die entsprechenden Positionen in den verschiedenen Aufgabenbereichen

wieder. Die Kosten werden je nach Nutzung auf die unterschiedlichen Bereiche umgelegt. Eine Analyse habe ergeben, dass dieses Vorgehen wirtschaftlicher sei, da in der Miete auch die Wartung und Erneuerung der Geräte enthalten seien.

Herr L. Nothdurft und Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sichern die Einsichtnahme der Niederschriften am 02.12.2025 zu.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

4 **Beschlussfassungen**

4.1 **Haushaltssatzung 2026, Haushaltsplan 2026, Stellenplan 2026** **Vorlage: BV/289/2025/II-20**

Der Ausschussvorsitzende Herr Nothdurft ruft die Anträge in der Reihenfolge der Verwaltungsliste auf und bringt diese im Finanzausschuss **und Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** für den Haupt- und Personalausschuss zur Abstimmung.

Eine Gesamtübersicht der Anträge einschließlich der Gremienentscheidung und Abstimmungsergebnisse ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Der Antrag der AfD, lfd. Nr. 21

Der Einbringer hat diesen Antrag zurückgezogen.

Der Antrag der AfD, lfd. Nr. 18

Der Antrag wurde von beiden Ausschüssen angenommen sowie der Prüfauftrag erteilt, dass die Verwaltung einen Umsetzungsauftrag erarbeitet.

Der Antrag der F-B-F, lfd. Nr. 36

Beschluss:

Die Mittel werden mit **einem Sperrvermerk** versehen, der eine Freigabe erst nach Vorlage des Private-Investor-Tests und Vorstellung der Unternehmensstrategie der DWG im Haupt- und Personalausschusses ermöglicht.

Der Änderungsantrag seitens des Einbringers **wird einstimmig von beiden Ausschüssen angenommen.**

Der Änderungsantrag ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Der Antrag der CDU, lfd. Nr. 50

Herr Adamek, Fraktion der CDU, berichtet, dass der Stadtfeuerwehrverband einen Antrag gestellt habe, im kommenden Jahr eine Summe von 3.000 Euro im Haushalt zu veranschlagen. Dieser Antrag sei nicht nur bei ihm, sondern auch bei anderen Stadträten eingegangen. Herr Stadtrat Adamek erläutert, dass es um einen Projektplan gehe, der ein Begegnungstreffen der Freiwilligen Feuerwehren gemeinsam mit der Berufsfeuerwehr sowie möglicherweise anderen Rettungsdiensten und Katastrophenschutzteilnehmern im Sommer vorsehe. Ziel sei es, einen gemeinsamen Tag zu verbringen. Für dieses Vorhaben werbe der Stadtfeuerwehrverband um eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 3.000 Euro. Herr Adamek (Fraktion der CDU) teilt mit, dass er den Antrag des Stadtfeuerwehrverbandes bereits abgegeben habe und bittet darum, diesen zur Abstimmung zu stellen.

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

4.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 und Folgejahre Vorlage: BV/290/2025/II-20

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird zurückgestellt.

5 Öffentliche Anfragen und Informationen

Frau Lohde, Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, informiert, dass die Planungsleistungen für die Regenbogenschule veröffentlicht und ausgeschrieben

sind. Die Bewerbungsfrist für den Abriss endet bereits am 3. Dezember, womit der Startschuss für das Projekt gegeben ist. Weiterhin kündigt sie Vorlagen an: Zum einen werde der Förderantrag für den Sportplatz bei Stahlbau ohne Vorbehandlung in den Ausschüssen direkt in den Stadtrat eingebracht, um die Frist einzuhalten. Zum anderen betreffe dies auch die Beschlussvorlage zur Mühleninsel, die den Maßnahmenbeschluss sowie die Aufstellung des Bebauungsplans umfasse. Ein dritter Beschluss, der im Sachzusammenhang mit der Entwicklung der Verkehrsflächen und des Parkplatzes steht, soll ebenfalls direkt in den Stadtrat eingebracht werden. Sie verweist darauf, dass weitere Informationen in den Vorlagen enthalten sind.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, spricht den Sitzungskalender für das kommende Jahr an und regt an, den Termin für die Stadtratssitzung am 8. April zu überdenken, da dieser in die Osterzeit falle. Er erläutert, dass die Fraktionen in der Woche vor Ostern aufgrund der Ferienzeit möglicherweise keine Sitzungen abhalten könnten und die Unterlagen für die Sitzung am Ostermontag noch nicht verfügbar wären.

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, führt aus, dass das Technikmuseum Hugo Junkers ihn am Vorabend per E-Mail **zum Sondervermögen und dessen Projekte** kontaktiert hat. Es gehe um drei Maßnahmen im Rahmen des Sondervermögens, die berücksichtigt werden müssten. Er sei gebeten worden, dies mitzuteilen. Die erste Maßnahme betreffe die Rundbogenhalle.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck teilt mit, dass die Rundbogenhalle umziehen soll. Er erläutert, dass das Technikmuseum einen Vorschlag unterbreitet habe, der eine Unterstützung aus dem Sondervermögen in Höhe von etwa 2,65 Millionen Euro vorsieht. Das Technikmuseum habe den Wunsch geäußert, den Stadtrat und den Oberbürgermeister über folgende Projekte zu unterrichten: die Umsetzung der Stahllamellenhalle vom ehemaligen Junkalor-Gelände auf das Gelände des Museums, was etwa 2,65 Millionen Euro kostet, die Rettung des Strommuseums, das sich in Liegenschaften der DVV befindet, mit einem Kostenaufwand von 410.000 Euro, sowie die Feierlichkeiten zum 100-jährigen Bestehen der Lufthansa im Jahr 2026, wofür 85.000 Euro veranschlagt seien. Herr Oberbürgermeister Dr. Reck weist darauf hin, dass das Schreiben weitergeleitet wird und ein Verweis auf das Sondervermögen des Bundes enthält. Er stellt klar, dass die Mitglieder informiert seien, jedoch keine Abstimmung erforderlich sei.

Herr Beigeordneter Ulbrich erläutert, dass im Investitionshaushalt erste Maßnahmen identifiziert sind, die über das Sondervermögen finanziert werden könnten. Er betont, dass es unbenommen sei, auch zu einem späteren Zeitpunkt weitere Maßnahmen hinzuzufügen. Basierend auf den vorliegenden Projekten wird die Summe derzeit nicht vollständig ausgeschöpft. Zudem müsse geprüft werden, ob für die geplanten Projekte weitere Fördermöglichkeiten oder andere Förderkulissen herangezogen werden könnten. Herr Ulbrich schlägt vor, nach der Durchsicht der Liste die Maßnahmen herauszugreifen, die in der Investitionsliste enthalten seien und für die Kofinanzierung über das Sondervermögen in Frage kämen.

Herr Beigeordneter Ulbrich erläutert, dass er einige Anmerkungen zum Sondervermögen machen möchte. Er führt aus, dass im aktuellen Haushalt, basierend auf dem bestehenden Investitionshaushalt, acht Maßnahmen identifiziert worden sind, die über das Sondervermögen finanziert werden könnten. Diese Maßnahmen umfassen unter anderem den Ersatzbau beziehungsweise Neubau der Regenbogenschule. Er betont, dass es sich um Maßnahmen handelt, die bereits im Haushalt vermerkt sind und den Anwesenden bekannt seien. Er nennt als Beispiele den Ersatzneubau der Regenbogenschule und den Gehweg an der Elballee Westseite. Weitere Maßnahmen betreffen den Tierpark, darunter der Bau eines Dromedargeheges, der Neubau des Haupteingangs, die Anbindung an das Glasfasernetz und die Beleuchtung der Parkanlage. Zudem erwähnt den Ersatzneubau der Kita Mildensee. Diese Maßnahmen sind noch nicht begonnen worden, hätten jedoch einen hinreichenden Planungsstand, sodass im nächsten Jahr die nächsten Schritte unternommen werden könnten. Herr Ulbrich führt aus, dass durch die Deklaration dieser Maßnahmen als Sondervermögen keine Chancen vertan wird, weiterhin an diesen Projekten zu arbeiten. Insbesondere mit Blick auf die Regenbogenschule wolle man weitere Fördermittel akquirieren, die das Land in Aussicht gestellt hat, auch wenn die Richtlinie noch nicht bekannt sind. Bei den Tierparkmaßnahmen soll die Förderkulisse weiterhin geprüft werden, insbesondere im Hinblick auf Leader und GRW. Da die Zahlungsflüsse erst in den kommenden Jahren erfolgen werden, sei es notwendig, für alle Maßnahmen, die noch zur Diskussion stehen und konkretisiert werden müssten, eine Vorplanung und Konkretisierung vorzunehmen. Er stellt klar, dass unabhängig von der Diskussion über weitere Maßnahmen oder deren Einbeziehung als Sondervermögen, mit der Umsetzung erst 2027 begonnen werden kann. Daher schlägt er vor, die Maßnahmen im Rahmen des Haushalts 2026 als Sondervermögen zu deklarieren und dann die nächsten Schritte zu gehen, um weitere Fördermittel einzuwerben und an weiteren Projekten zu arbeiten und diese zu konkretisieren.

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erkundigt sich, ob die aufgeführten Projekte als Platzhalter dienen sollen, um zu prüfen, welche zusätzlichen Fördermittel generiert werden können, um dadurch weitere Mittel für andere Projekte freizusetzen.

Herr Eichelberg, Fraktion der SPD, erklärt, dass viele Vorschläge der Verwaltung nahezu deckungsgleich mit den von seiner Fraktion eingebrachten Vorschlägen sind. Darüber hinaus habe seine Fraktion den Krötenhof als Vorschlag eingebracht, um zu prüfen, inwieweit dieser aufgenommen werden kann. Zusätzlich, ähnlich wie andere Fraktionen, habe seine Fraktion Vorschläge zu Sicherungsanlagen sowie zu Sperrern und Pollern eingebracht. Weiterhin betont er die Bedeutung von Investitionen in Barrierefreiheit, Verkehrssicherheit sowie Fuß- und Radwege. Diese Vorschläge möchte seine Fraktion ergänzend beitragen.

Herr Beigeordneter Ulbrich äußert, dass im Zusammenhang mit dem Thema „Platzhalter“, insbesondere im Hinblick auf den Tierpark, eine umfassendere Prüfung

stattfinden soll. Er verweist auf die Ausführungen von Frau Lohde, die vorgeschlagen hat, beim Haupteingang des Tierparks den Blick zu weiten und zu prüfen, welche weiteren Maßnahmen zu priorisieren sind. Herr Ulbrich schlägt vor, diese Maßnahmen gemeinsam zu überdenken und Schritt für Schritt zu priorisieren. Er wendet sich an Frau Lode mit der Bitte, im Laufe des Jahres über die anstehenden Prioritäten zu berichten und zu erläutern, wie diese in den Zeitplan integriert werden könnten. Herr Ulbrich betont, dass eine saubere Integration dieser Maßnahmen in das Sondervermögen und die Finanzierung erfolgen soll, möglicherweise unter Einbeziehung weiterer Fördermittel. Er regt an, dass die Verwaltung in die Pflicht genommen wird, um über die Fortschritte zu berichten und einen Prüfauftrag zu erteilen.

Frau Wirth, Amtsleiterin des Amtes für Stadtfinanzen, erklärt, dass der Krötenhof derzeit im Ergebnishaushalt als Unterhaltungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Dach- und Heizungssanierung eingeordnet sei. Sie führt aus, dass ihr kein Gesamtanierungskonzept bekannt ist und auch keine weitere Strategie dazu vorliegt. Daher regt sie an, das Vorhaben erst dann zu diskutieren, wenn belastbare Unterlagen vorliegen, die eine Einordnung ermöglichen.

Herr J. U. Weber, Fraktion der ABV, führt aus, dass das Sondervermögen für die Maßnahmen nicht vollständig ausgegeben wird, da es durch Fördermittel aufgestockt werde. Er bittet um regelmäßige Informationen darüber, wofür Fördermittel erhalten würden, um im nächsten Jahr im November eine fundierte Entscheidung treffen zu können, beispielsweise über die Aufnahme von Feuerwehrgeräten. Er bittet Frau Wirth, in der nächsten Stadtratssitzung einen Ablauf zu skizzieren, wie regelmäßig Informationen über den Kassenstand des Sondervermögens bereitgestellt werden könnten.

Herr Stadtrat Kaßner führt aus, dass er noch eine Anmerkung zur Erstellung der Auswertung des Verlaufs des Sondervermögens habe. Er regt an, dass die Verwaltung in diesem Zusammenhang auch die potenziell infrage kommenden nächsten Projekte aufführen solle. Für seine Fraktion sei es von besonderer Bedeutung, dass die L-Schule in der Prioritätenliste weit oben stehen müsste, damit dieses Thema zeitnah angegangen werden kann, da es einen gewissen Vorlauf benötigt.

Herr Stadtrat Adamek führt aus, dass die L Schule und die Schule Am Akazienwäldchen in einem sehr schwierigen Zustand seien. Er gibt zu bedenken, dass eine Sanierung oder Verbesserung dieser Schulen aus Eigenmitteln nur sehr langfristig möglich sind. Daher regt er an, diese Themen gegebenenfalls für das Jahr 2026 oder 2027 zu berücksichtigen.

Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, erinnert daran, dass die Vorschlagsliste zum Tierpark auf das Sondervermögen zurückgestellt worden sind. Sie kommt nun auf die Prüfaufträge bezüglich des Zaunes im Vergleich zu hygienischen Sozialräumen sowie der Erweiterung und dem Ankauf des Geländes

für den Tierpark zurück. Ihrer Ansicht nach soll man zumindest eine Position aufnehmen, die dies berücksichtigen könnte.

Frau Wirth weist auf zwei Eckpunktzahlen hin. Sie erläutert, dass insgesamt bis zum Jahr 2029, unter Berücksichtigung der Jahresscheibe des Sondervermögens, Maßnahmen im Umfang von 65,5 Millionen Euro geplant seien. Davon sind Maßnahmen im Wert von 27,3 Millionen Euro bereits konkretisiert, was aufzeigt, dass noch ein offener Betrag besteht. Sollten die Maßnahmen im geplanten Gesamtumfang vollständig finanziert werden, ergäbe sich eine Summe von 45,9 Millionen Euro, die jedoch nicht bis 2029, sondern bis zur Fertigstellung der Maßnahmen bereitgestellt werden müssen. Frau Wirth betont, dass somit noch Spielraum besteht und es nicht erforderlich sei, das gesamte Sondervermögen sofort zu binden. Sie hebt hervor, dass ein Vorschlag zur Umsetzung der Investitionen vorliegt und es möglich sei, bei Bedarf einen geänderten Antrag nachzureichen.

Herr Ausschussvorsitzender L. Nothdurft, Fraktion der AfD, stellt fest, dass die Investitionsliste zur Kenntnis genommen worden ist. Er erklärt, dass die geäußerten Wünsche, die noch nachgetragen werden sollen, in der kommenden Woche zur Abstimmung stehen.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

Nach dem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Herr Ausschussvorsitzender L. Nothdurft, Fraktion AfD, stellt die Öffentlichkeit wieder her.

Zur Transparenz fasse er das Gespräch der letzten halben Stunde zusammen und berichtet, dass man sich über die Situation und die Aussichten der DWG ausgetauscht habe. Für die antragstellende Fraktion (Fraktion Freies-Bürger-Forum) die ursprünglich beantragt habe, von der Einlage in die DWG abzusehen, gibt es einen Änderungsantrag, der vorsieht, dass die Mittel in den Haushalt eingestellt werden dürfen, jedoch mit einem Sperrvermerk versehen sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert weiter, dass der Haupt- und Personalausschuss auch der Beteiligungsausschuss sei und eine Sondersitzung erforderlich wäre. Er weist darauf hin, dass der Private-Investor-Test seiner Kenntnis nach im Wesentlichen fertig ist, jedoch noch überarbeitet werden muss. Er schlägt vor, eine Sondersitzung Anfang des nächsten Jahres, im Januar, abzuhalten und dies mit Herrn Florian zu besprechen.

Danach wird die gemeine Sitzung um 21:27 Uhr geschlossen.

8 Weiterführung der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung

Die alleinige Sitzung des Finanzausschusses wird direkt im Anschluss fortgesetzt.

10 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Ausschussvorsitzender L. Nothdurft, Fraktion AfD, gibt bekannt, dass es in der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung keine nichtöffentlich gefassten Beschlüsse gab.

11 Beschlussfassungen

11.1 Ermächtigung zur Kreditaufnahme
Vorlage: BV/337/2025/II-20

Frau Wirth, Amtsleiterin des Amtes Stadtfinanzen, erläutert die Ermächtigung zur Kreditaufnahme in Höhe von 19,1 Millionen Euro. Sie führt aus, dass der Kreditbedarf aus der Differenz der Ein- und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2024 resultiere und die Kreditermächtigung mit Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2026 verfalle. Daher solle die Kreditaufnahme im Januar 2025 erfolgen.

Herr Uwe Weber, Fraktion der ABV, bittet um eine erneute Erklärung, da er den Eindruck habe, der Kredit werde aufgenommen, um nicht zu verfallen.

Frau Wirth bestätigt, dass der Bedarf nachweislich bestehe und sich aus dem Jahresergebnis 2024 ergebe. Die Kreditaufnahme sei aufgrund vorhandener Liquidität hinausgezögert worden.

Abstimmungsergebnis: 8-0-0

11.2 Entscheidung über Annahme von Spenden und Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA im Zeitraum 15.05.2025-15.10.2025
Vorlage: BV/303/2025/I-ATD

Es gibt keine Wortmeldungen oder Erklärungsbedarf.

Abstimmungsergebnis:8-0-0

11.3 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/298/2025/II

Es gibt keine Wortmeldungen oder Erklärungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 9-0-0

**11.4 Genehmigung von überplanmäßigem Aufwand im DK 5913 –
Jugendhilfe nach dem SGB VIII
Vorlage: BV/270/2025/IV-51**

Herr Deckert, Amtsleiter des Jugendamtes, wird zur Genehmigung von überplanmäßigem Aufwand im Deckungskreis 5913 Jugendhilfe nach dem Sozialgesetzbuch VIII befragt. Er erklärt, dass es sich um Schulbegleitung für Schüler handele, die im Schulalltag Unterstützung benötigten. Diese werden durch pädagogisches Personal bereitgestellt, um die Teilnahme am Unterricht zu ermöglichen.

Herr Dr. Nothdurft, Fraktion der AfD, hinterfragt die hohen Kosten pro Fall und bittet um Erläuterung.

Herr Deckert erklärt, dass die Kosten durch Fachkräftegebote, die Dauer der Betreuung und die umfassenden Leistungen wie pädagogische Betreuung, wirtschaftliche Unterstützung und Therapie entstehen. Er betont, dass die Stadt verpflichtet sei, diese Leistungen zu erbringen.

Abstimmungsergebnis: 7-2-0

**11.5 4. Novellierung Gesamtmaßnahmebeschluss „Sanierung und
Modernisierung
Wissenschaftliche Bibliothek im Palais Dietrich“
Vorlage: BV/295/2025/III-65**

Nach Einführung und Erklärung durch **Frau Ellenberger, Amtsleiterin des Zentralen Gebäudemanagement**, bittet **Herr Ausschussvorsitzender L. Nothdurft, Fraktion der AfD**, um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 9-0-0

- 11.6 "Stadteingang Ost - Umgestaltung der Mühleninsel" -
Maßnahmenbeschluss
Vorlage: BV/276/2025/III-67**

Es gibt keine Wortmeldungen oder Erklärungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 7-0-2

- 11.7 Stand der Umsetzung des Ergebnis- und Finanzhaushaltes zum 30.
September 2025
Vorlage: IV/051/2025/II-20**

Frau Wirth, Amtsleiterin des Amtes für Stadtfinanzen, informiert über den Stand der Umsetzung des Ergebnis- und Finanzhaushaltes zum 30. September 2025. Sie hebt hervor, dass die Gewerbesteuerereinnahmen mit 69 Millionen Euro deutlich über den geplanten 39,1 Millionen Euro liegen. Dies führe zu einer Ergebnisverbesserung von mindestens 38 Millionen Euro, reiche jedoch nicht aus, um den Haushalt 2026 auszugleichen.

Abstimmungsergebnis:

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

12 Öffentliche Anfragen und Informationen

Es gibt keine weiteren öffentlichen Anfragen und Informationen.

13 Nichtöffentliche Anfragen und Informationen

Es gibt keine weiteren Nichtöffentlichen Anfragen und Informationen.

14 Schließung der Sitzung

Herr Ausschussvorsitzender L. Nothdurft, Fraktion AfD, stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt um 21:45 Uhr die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 21.01.26

Laurens Nothdurft
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und
moderne Verwaltung

Schritfführer